

# Im Kampf sind wir brüderlich vereint

## Vietnamesische Genossen überbrachten Glückwünsche ihrer Landsleute zum 18. Jahrestag der DDR

Die Völker der Deutschen Demokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam und Südvietnams sind im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus eng verbunden. Einen sichtbaren Ausdruck fand das darin, daß am Vormittag des 7. Oktober Cong Man und Kim Hoang im Namen der vietnamesischen Studenten an der Technischen Universität dem Sekretariat der SED-Kreisleitung der TU herzliche Glückwünsche zum 18. Geburtstag der DDR aussprachen und Genosse Horst Kühlinger, Sekretär der SED-Kreisleitung, eine Mappe mit dem politischen Programm der nationalen Front für die Befreiung Südvietnams übergeben.

Genosse Kühlinger betonte, daß wir unsere Anstrengungen erhöhen werden, um den vietnamesischen Freunden sowohl in ihrem schweren Befreiungskampf als auch beim Studium wachsende Unterstützung zu geben. In einem herzlichen Gespräch mit den Mitarbeitern der Kreisleitung berichteten die beiden Kommilitonen von ihrem Land und ihrem Studium.

Unser Foto von links nach rechts: Cong Man, Genosse Horst Kühlinger, Kim Hoang. Foto: Griebel



## UNSER KOMMENTAR

### Was ist notwendig? - Worin besteht reale Politik?

Das soll genügen, um offensichtlich zu machen: Nach wie vor maßt sich Bonn an, die Oberhoheit über die DDR und ihre 17 Millionen Bürger zu haben. Diese Anmaßung ist und bleibt ein ständiger Ausgangspunkt von Diskriminierungen und Konflikten. Sie ist eine permanente Kriegserklärung. Mit diesem Staat der Aggression westdeutscher Monopole kann es keine Vereinigung geben. Wenn die DDR als ersten aller Schritte zur Normalisierung der Beziehungen den Verzicht auf die Alleinvertragsanmaßung fordert, so ist das keine „Maximalforderung“, wie Bonn unterstellt. Er ist das Minimum, bei dem man anfangen muß, um weitere Schritte tun zu können.

Das soll genügen, um offensichtlich zu machen: Nach wie vor maßt sich Bonn an, die Oberhoheit über die DDR und ihre 17 Millionen Bürger zu haben. Diese Anmaßung ist und bleibt ein ständiger Ausgangspunkt von Diskriminierungen und Konflikten. Sie ist eine permanente Kriegserklärung. Mit diesem Staat der Aggression westdeutscher Monopole kann es keine Vereinigung geben. Wenn die DDR als ersten aller Schritte zur Normalisierung der Beziehungen den Verzicht auf die Alleinvertragsanmaßung fordert, so ist das keine „Maximalforderung“, wie Bonn unterstellt. Er ist das Minimum, bei dem man anfangen muß, um weitere Schritte tun zu können.

Genosse Walter Ulbricht hat in seiner Rede über die Fragen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten in Brandenburg sehr eindrucksvoll gezeigt, daß die Kräfte, die für die Anerkennung der DDR als souveräner Staat eintreten, allenthalben ständig wachsen.

Die von Genossen Willy Stoph vorgeschlagenen ersten Schritte sind notwendig, um die Gefahr des Krieges zu bannen und zu normalen, vertraglich geregelten Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten zu kommen. Es geht dabei nicht um die Anerkennung des Sozialismus, sondern um die Schaffung von Bedingungen friedlicher Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten.

Kiesinger isoliert sich mit seiner Politik des kalten Krieges gegen die DDR immer mehr auch von den fortschrittlichen Bürgern Westdeutschlands, die mit uns in diesen Grundforderungen der Politik übereinstimmen. Sie meinen, daß einem Vorschlag an den westdeutschen Regierungsschiff, ohne Vorbedingungen über die Normalisierung der Beziehungen zu verhandeln, zugestimmt werden muß.

Am Anlaß des 18. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fand am 6. Oktober 1967 ein „Tag der Neuerer und sozialistischen Kollektive“ an unserer Universität statt.

der Bewegung der Kollektive sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, das geistig-kulturelle Leben weiter zu entfalten und die Qualifikation und das Kulturniveau unserer Mitarbeiter zu heben, fördern wir die Neuererbewegung.

Der „Tag der Neuerer und sozialistischen Kollektive“ wurde begonnen mit der Eröffnung einer Ausstellung „Neuerer an der TU“. Ziel der Ausstellung war, all den Kollektiven und Kollegen Gelegenheit zu geben, an die Öffentlichkeit zu treten, deren Exponate nicht für die Messe der Meister von morgen und die Leistungsschau der jungen Wissenschaftler und Studenten vorgesehen sind. Diese Ausstellung zeigte etwa 100 Exponate, die die Arbeit der Erfinder und Neuerer an unserer Einrichtung darstellen und zur Mitarbeit anregen sollen. In einer der nächsten Ausgaben werden wir näher auf die Ausstellung eingehen.

Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus erhöht sich bei der Meisterung der technischen Revolution die Bedeutung der Neuererbewegung; denn die schöpferische Arbeit der Neuerer und Kollektive trägt mit dazu bei, den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen und die sozialistische Rationalisierung erfolgreich durchzuführen. Das setzt neue Maßstäbe für die Neuerer und für die Leistungstätigkeit. Deshalb verstärken wir unsere Arbeit mit den Neuerern und vertreten den Standpunkt, daß die Neuerer in die Lösung wissenschaftlich-technischer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sowie in die Umgestaltung von Lehre und Erziehung mehr als bisher einzubeziehen sind.

Am Nachmittag fand eine Konferenz der Neuerer und sozialistischen Kollektive statt. Neben den Vertretern sozialistischer Kollektive der Universität...

## GEWERKSCHAFTSWAHLEN

### Neuerer sind Schrittmacher in Lehre, Erziehung und Forschung

Die Initiative all unserer Neuerer und Kollektive nicht länger dem Selbstlauf zu überlassen. Ihre schöpferischen Gedanken und Vorstellungen müssen ihren Niederschlag in den Rationalisierungsprogrammen und in den gemeinsamen Arbeitsprogrammen finden. Alle Möglichkeiten der Realisierung müssen aufgedeckt und Hindernisse kollektiv überwunden werden.

Dabei geht es uns auch darum, Frauen und Jugendliche für die Neuererbewegung, besonders für die kollektive Neuerertätigkeit, zu gewinnen.

Was wir jetzt durchsetzen müssen, ist:

1. die Initiative all unserer Neuerer und Kollektive nicht länger dem Selbstlauf zu überlassen. Ihre schöpferischen Gedanken und Vorstellungen müssen ihren Niederschlag in den Rationalisierungsprogrammen und in den gemeinsamen Arbeitsprogrammen finden. Alle Möglichkeiten der Realisierung müssen aufgedeckt und Hindernisse kollektiv überwunden werden.

2. Unsere staatlichen Leiter und unsere Gewerkschaftsleitungen müssen ihr Augenmerk mehr als bisher darauf richten, immer mehr Mitarbeiter in die Planung, Leitung, Durchführung und Kontrolle der Aufgaben in Lehre und Forschung und in die Neuererbewegung einzubeziehen. Dabei geht es auch um die Gewinnung vieler Studenten, junger Wissenschaftler und Jugendlicher in den Werkstätten.

Neuerertum muß heißen, die Erfahrungen der Schrittmacher auf alle und die Erfahrungen der hervorragenden Wissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Meister der älteren Generation auf die Jugend zu übertragen. Es gilt, die Erfahrungen der Älteren mit dem Elan der Jugend zu vereinen.

Das Neuerertum zu fördern heißt, den staatlichen Leitern und den Gewerkschaftsgruppen die Aufgabe zu stellen, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Kraftquell der sozialistischen Gesellschaft voll zu erschließen und die am weitesten fortgeschrittenen Kollektive, die um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ kämpfen, zu unterstützen.

Die anschließende Diskussion war ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch der Kollektive unserer Universität, die den Kampf um den Staatstitel aufgenommen haben, und der anderen Kollektive. Besonders wertvoll waren die Beiträge der Vertreter der Kollektive Ökonomie des Maschinenbaus und Thermodynamik. Über diese Beiträge wird in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher berichtet.

Kollege Kipping aus der Zentralwerkstatt konnte berichten, wie sein Kollektiv vorbildlich das Kampfprogramm erfüllt, so daß nunmehr zum zweiten Mal der Antrag auf Auszeichnung mit dem Staatstitel gestellt werden konnte. Genosse Hörold, Sekretär der FDJ-Kreisleitung, berichtete über die Entwicklung des Studentenvetereiters, besonders über den Kampf um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“.

Professor Lunze konnte gute Ergebnisse bei der Neugestaltung der Bildungsinhalte an der Fakultät für Elektrotechnik herausstellen und berichtete, wie an dieser Fakultät zielstrebig an der Durchsetzung neuer Methoden in der Erziehungsarbeit der Studenten und der Gruppenberaterstätigkeit gearbeitet wird. Kollege Diplomingenieur Rachel vom Institut für Fertigungstechnik zeigte, wie an seinem Institut mit einem Studentenkollektiv eine Neuerervereinbarung vorbereitet wird. Für die anregende und vorwärtsweisende Atmosphäre der Diskussion legte schließlich auch die Tatsache Zeugnis, daß sich auch Dr. Zacharias, Leiter der Poliklinik der TU, zu Wort meldete. In seinem Diskussionsbeitrag hob er die Bemühungen des Kollektivs der Poliklinik hervor, mit den ihnen eigenen Mitteln zur Senkung vorzeitiger Exmatrikulationen beizutragen.

Am Ende der Diskussion verabschiedete die Konferenz eine Stellungnahme zur ersten Friedensinitiative unserer Regierung.

In seinem Schlußwort konnte Genosse Letz vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft hervorheben, daß in letzter Zeit bereits verschiedene Initiativen von der Technischen Universität ausgegangen sind, so zum Beispiel zur Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbes und anderer. Die Konferenz der Neuerer und sozialistischen Kollektive war eine weitere solche Initiative, die sich würdig in die bisherigen einreih.

Der „Tag der Neuerer und sozialistischen Kollektive“ fand mit einem Ball seinen Ausklang.

## DDR-Vorschläge einzig realer Weg

Fortsetzung von Seite 1

den des Warschauer Paktes wirkungsvoll vor den westdeutschen Aggressoren schützen zu können.

3. Gründliches Studium des Marxismus-Leninismus sowie aktive Teilnahme am FDJ-Schuljahr. Das ist notwendig, um sowohl Fehler bei der Menschenführung als auch bei politischen Problemen zu vermeiden.

4. Pflege von Beziehungen zu den Völkern sozialistischer und kapitalistischer Staaten als Beitrag zur Völkerverständigung.

Dieser Vorschlag unserer Regierung ist von allen Menschen guten Willens nur zu begrüßen... Die bisherige ständige Ablehnung der Verständigungsvorschläge unserer Regierung durch die Regierung in Bonn beweist, daß diese nicht gewillt ist, den objektiven Gegebenheiten Rechnung zu tragen, sondern festhält an der völlig illusorischen Politik des Alleinvertragsanspruchs.

Diese Politik gegen einen souveränen Staat kommt einer potentiellen Kriegserklärung gleich. Sie bedroht in erster Linie das Leben und die Sicherheit der Bevölkerung Westdeutschlands selber. Um so mehr sollten die progressiven Kräfte in der Bundesrepublik alles unternehmen, um ihre Regierung zu Verhandlungen mit der Regierung unseres Staates zu veranlassen. Der vorgeschlagene Vertragsentwurf ist dazu eine durchaus akzeptable Grundlage.

Professor Dr. päd. Horst Wiesner, Direktor des Instituts für Berufsschulmethodik der Textilindustrie; Professor Dr. rer. nat. habil. Hacker, Institut für Psychologie

Wir, die Neuerer und Mitglieder zahlreicher Kollektive der Technischen Universität Dresden, haben auf unserer Neuererkonferenz beraten, wie wir noch besser beitragen können, durch unsere Arbeit die Deutsche Demokratische Republik weiter zu stärken, um auch in den kommenden Jahrzehnten in Frieden zu arbeiten, zu lernen und zu leben.

Völlig in Übereinstimmung mit diesem, unserem wichtigsten Interesse steht der Entwurf des Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik, der von der Regierung der DDR der westdeutschen Regierung zusammen mit einem Brief unseres Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, an Bundeskanzler Kiesinger übergeben wurde.

Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, daß Herr Kiesinger dieses erneute Angebot - unser Programm der Friedenssicherung, der Verständigung und Menschlichkeit - brüskiert und an seinem Programm der imperialistischen Gewalt, der Annexionspolitik, der Verschärfung aller Spannungen, der Fortsetzung der diskriminierenden Schädigung der Bürger der DDR, des Alleinvertragsanspruchs und der Bedrohung der nationalen und physischen Existenz des deutschen Volkes festhält.

Die Antwort des Herrn Kiesinger auf unsere Vorschläge ist keine Antwort. Sie wurde nicht an uns und unsere Regierung gerichtet. Mit dieser angeblichen Antwort und ihrem Festhalten am alten Programm der Unmenschlichkeit strafen die Bonner Politiker erneut ihr eigenes Gerede über angeblichen Verständigungs- und Entspannungswillen Lügen...

Wir unsererseits werden durch sozialistisches Arbeiten, Lernen und Leben alles tun, um die bestehenden Realitäten den Bonner Machthabern noch anschaulicher und nachhaltiger ins offensichtlich durch Antikommunismus getriebene Blickfeld zu rücken. Wir haben gelernt, uns sehr gut selbst zu vertreten und unser Selbstbestimmungsrecht zu gebrauchen.

Die Bonner Alleinvertragsanmaßung ist uns eine Kriegserklärung der unseligen Vergangenheit an unsere glückliche Gegenwart und Zukunft. Uns verbindet nichts mit dem imperialistischen Bonner Staat. Alles verbindet uns mit unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik.

Die Teilnehmer der Konferenz der Neuerer und sozialistischen Kollektive der Technischen Universität Dresden

## Aus der Arbeit des Reservistenkollektivs

Während der Semesterpause beteiligten sich die gedienten Reservisten der Nationalen Volksarmee, die der Belegschaft und dem Lehrkörper der Technischen Universität angehören, am Reservistenmehrkampf, der von der Zeitung „Die Nationale Volksarmee“ ausgeschrieben wurde.

Das Ziel dieses Wettkampfes bestand darin, die Einsatzbereitschaft der Reservisten zu festigen, damit die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Reserve jederzeit, sofern es die Lage erfordert, in den Reihen der NVA militärische Aufgaben lösen können. Zugleich sollte damit jeder Genosse Reservist aktiv in die Arbeit des Reservistenkollektivs einbezogen werden, um bei ihnen das Gefühl der Verantwortung gegenüber unserem sozialistischen Vaterland zu festigen, wie es der Fahnenstiel der Nationalen Volksarmee von jedem Reservisten fordert. Aus dem Wettkampf, der hohe Anforderungen an das physische Leistungsvermögen der Teilnehmer stellte, gingen als Beste hervor:

- Genosse Gefreiter Horst Müller, Fakultät M 90 Punkte
- Genosse Unterleutnant Eckhart Nitka, Fakultät M 82 Punkte
- Genosse Soldat Klaus Herzog, Fakultät M 82 Punkte
- Genosse Gefreiter Klaus Lützer, Fakultät B 77 Punkte

Die Leitung des Reservistenkollektivs macht darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 23. Oktober bis 3. November 1967 ein KK-Schießwettkampf stattfindet, und erwartet sie gleich, daß alle gedienten Reservisten der Belegschaft, des Lehrkörpers und des 1. Studienjahres sich daran beteiligen.

Einselheiten über den Ablauf und die Bedingungen des Schießens werden durch die Leitungen der Reservistengruppen rechtzeitig bekanntgegeben.